



## Geregelt in die Insolvenz

Geregelt in die Insolvenz  
Was tun, wenn ein Euro-Staat vor der Pleite steht? Bislang fehlt ein geordnetes und glaubwürdiges Insolvenzverfahren. Damit die Europäische Währungsunion künftig besser auf Situationen wie in Griechenland vorbereitet ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) nun ein umfassendes Konzept für Staatsinsolvenzen erarbeitet. Der IW-Plan kombiniert existierende Vorschläge mit neuen Ideen und soll vor allem gewährleisten, dass kein Land für die Schulden eines anderen haften muss. Der Plan sieht vor, dass es mit Beginn des Insolvenzverfahrens ein Moratorium für den Schuldendienst und für Klagen gegen den betroffenen Staat gibt, um für ihn die mit einer Insolvenz einhergehende Krise abzumildern. Damit der zahlungsunfähige Staat seine wesentlichen Funktionen aufrechterhalten kann, wären zudem eng befristete und begrenzte Überbrückungshilfen des Rettungsschirms ESM möglich - freilich unter strengen Reformerfordernissen. Das IW Köln schlägt darüber hinaus vor, dass das Land mit seinen Gläubigern in einem mehrstufigen Prozess über eine Umschuldung verhandelt: Sollten erste unabhängige Verhandlungen scheitern, kommt ein neues juristisches Gremium beim Gerichtshof der EU ins Spiel, das verlässliche Regeln für die Verhandlungen vorgibt und Kooperationsanreize setzt. Führt auch das zu keiner Lösung, kann das Gremium als Ultima Ratio eine bindende Entscheidung treffen. Um Verluste aus einem Staatsbankrott zu verkraften, müssen Banken im Euroraum stärker als bisher kapitalisiert sein und sollten nicht zu viele Staatsanleihen halten. Daher dürfen Staatsanleihen der Euroländer bei der Bankenregulierung nicht länger als risikolos gelten, mahnt das IW Köln. Darüber hinaus sollte die EZB, die gegenwärtig ohnehin Staatsanleihen aufkauft, als Finanzaufsicht die Banken dazu anhalten, einen Teil der Anleihen des Staates, in dem sie ihren Geschäftssitz haben, an die EZB zu verkaufen. "Damit ließe sich der derzeit noch viel zu hohe Bestand an Staatsanleihen in den Bankbilanzen zeitnah und wirksam reduzieren", sagt IW-Ökonom Jürgen Matthes. Berthold Busch / Jürgen Matthes: Regeln für Staatsinsolvenzen im Euroraum  
Ansprechpartner  
Dr. Berthold Busch  
Telefon: 0221 4981-754  


## Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

## Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge und informieren die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern deren Umsetzung.